BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

SozA u. SchulA

OBERBÜRGERMEISTER
05. JULI 2016
Nr.

V
X
3. BM
z.w.V.

Kopie: Ref. IV / KuF, BgA 13, Rös

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**Stadtratsfraktion Nürnberg**

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

per Fax

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 05.07.2016

**Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen in Nürnberg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Bayerische Staatsregierung hat die Entscheidung getroffen, nach der Flüchtlinge in Bayern künftig länger als bisher in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben sollen - bis zu sechs Monaten. Zudem sollen AsylbewerberInnen nach ihrer Zeit in der Erstaufnahme wieder vermehrt in zentralen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden und nicht wie vielerorts angestrebt in dezentralen Unterkünften. Die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in zentralen Unterkünften nimmt den Kommunen jedoch die Möglichkeit für sinnvolle Anpassungs- und Verbesserungsmaßnahmen, wie sie seit Monaten in Nürnberg umgesetzt werden.

Neben einer grundlegenden Kritik dieses Vorgehens, da es die Integrationsbemühungen der Stadt Nürnberg nicht gerade fördert, gibt es auch wichtige Punkte an dem Vorhaben, die unbedingt einer Klärung bedürfen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen wie auch in der sog. Ankunfts- und Rückführungseinrichtung Bamberg (ARE) ist beispielsweise in vielen Fällen die Schulpflicht für Kinder nicht bzw. nur unzureichend gewährleistet.

Das Recht auf Bildung gilt uneingeschränkt für alle Kinder!

**Antrag:**

1. Die Verwaltung berichtet, wie die entsprechenden Planungen der Bayerischen Staatsregierung umgesetzt werden und wie diese die Planungen der Stadtverwaltung betreffen.
2. Es wird dargestellt, wie die Schulpflicht für künftig in den Erstaufnahmeeinrichtungen und zentralen Gemeinschaftsunterkünften in Nürnberg lebenden schulpflichtigen Kindern durch- bzw. umgesetzt wird. Wir gehen davon aus, dass die Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften weiterhin in den entsprechenden ortsnahen Schulen unterrichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Leo
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende